

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 32

Artikel: Das jugoslawische Buch "Sozialismus und Krieg" kennzeichnet : die Krise im Kommunismus
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das jugoslawische Buch «Sozialismus und Krieg» kenntzeichnet

Die Krise im Kommunismus

Jugoslawien ist in diesem Jahre mehr denn je das Land zwischen den Blöcken. Einerseits ist Titos Regierung kommunistisch und lässt keine Gelegenheit ungenutzt, dies mit Nachdruck zu betonen. Andererseits hat sich Tito, als er im Juni 1948 die Einmischung Moskaus in innere Angelegenheiten ablehnte, ausserhalb des sowjetischen Blockes gestellt. Ihm bleibt nur das Schaukelspiel zwischen dem ideologisch toleranten Westen, der ihn nach dem opportunistischen Grundsatz «Meines Feinde Feinde sind meine Freunde» unterstützt, und dem intoleranten Osten, zu dem er ideologisch, aber nicht machtpolitisch, gehören will.

Eine Zeitlang hatte er gehofft, mit Hilfe der latenten Spannung zwischen Moskau und Peking das Schaukelspiel innerhalb des Ostblocks betreiben zu können. Doch als Rotchina mit dem «grossen Sprung nach vorn» noch extremer als Moskau wurde, wo ausserdem Chruschtschew sich bemühte, Jugoslawien wieder auf seine Seite zu ziehen, schwand diese Hoffnung.

Jetzt sieht sich Tito genötigt, im Streit Moskau-Peking dem Kreml zur Seite zu stehen. Dies kann aber nur ein lauwarmes Verhältnis bleiben, solange Moskaus Griff in den Satellitenstaaten nicht lockerer wird; denn jede volle Anerkennung Titos durch Moskau würde innerhalb der osteuropäischen Satelliten den Gärungsprozess wieder entfachen, den Moskau seinerzeit durch den Bannstrahl gegen Tito stoppen musste.

Wirtschaftlich aber hat Jugoslawien jetzt die Tendenz, sich aus dem einer grösseren Belastungsprobe entgegengehenden Ostblock zu lösen — auch, weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass Belgrads Wirtschaft weit mehr von einem gesunden Kapitalmarkt abhängt als diejenige der nach Moskauer Vorbild gelenkten Volkswirtschaften.

Jugoslawien braucht für die beschlossene Währungsreform, die den Dinar den westlichen Währungen anschliessen soll, über 200 Millionen Dollar, soll bei einer Befreiung der Währung nicht ein Kollaps erfolgen. (Heute ist der offizielle Kurs 300 Dinar für 1 Dollar, der freie Kurs aber zirka 650 : 1.) Belgrad ist also weitgehend auf den guten Willen Amerikas angewiesen.

Zu diesem Zeitpunkt hat der Chefideologe des «Bundes der Kommunisten Jugoslawiens», Edvard Kardelj (siehe Curriculum S. 4), ein Buch, «Sozialismus und Krieg — ein Rückblick auf die chinesische Kritik der Koexistenzpolitik», erscheinen lassen (KB, 24. August).

Diese Thesen Pekings sind, nach Kardelj:

1. Die jugoslawischen Kommunisten sind Revisionisten, aus Angst vor Imperialismus und Krieg, d. h. sie betreiben eine Politik des Kompromisses und haben die Ideale des Kommunismus verraten.

2. Die Chinesen haben keine Angst vor Imperialismus und Krieg, sind für eine radikale Abrechnung auf dem Wege des revolutionären Kampfes — und sollte daraus ein Krieg entstehen, so wäre es ein

gerechter Krieg, dessen Opfer sich lohnen würden. Eine dauerhafte Koexistenz zwischen beiden Systemen ist illusorisch, der Krieg unvermeidlich.

Hier stellt Kardelj vorerst fest: Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Arbeitsanleitung. Entscheidend ist nicht, welche korrekten Zitate man zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise heranziehen kann, sondern, was man für praktische Resultate erzielt.

Die marxistischen Klassiker haben gewusst, sagt Kardelj, dass der Sieg der Revolution den sozialistischen Staat nicht automatisch unfehlbar macht. Sie räumen ein, in der Uebergangsperiode zum reinen Sozialismus könne auch ein sozialistisch gefärbter Staat für einen reaktionären Krieg verantwortlich sein. Ausserdem sind Marx und Engels allgemein der Auffassung gewesen, Kriege seien ein Hindernis für die Entwicklung eines fortschrittlichen Prozesses. Er belegt dies mit Zitaten — hiermit allerdings beweisend (was er den Chinesen gerade vorwirft) dass man mit klassischen Zitaten alles belegen kann.

Seine weiteren Argumente: Einerseits nennt Peking den Kapitalismus einen «Papiertiger», andererseits sieht es mit wachsenden sozialistischen Kräften den Krieg unvermeidlich werden — räumt also diesem selben Kapitalismus eine ungeheure, nur durch offenen Krieg überwindbare Kraft zu.

Dann übernimmt er die Bukarester These Chruschtschews, die Welt habe sich dermassen verändert, dass 1. ein Krieg eine Katastrophe bedeuten würde, 2. die Kräfte der Arbeiterschaft in allen Ländern so stark geworden seien, dass mächtige Interessen sich überall einem Kriege entgegensetzen. «Einen Krieg gegen den Willen der Arbeiterklasse zu führen, wird von Tag zu Tag schwerer», sagt er und stellt die Frage, wie denn ein sich sozialistisch nennendes Land zu beurteilen sei, das

entweder durch seine Fehler den reaktionären Kräften dazu verhilft, einen Krieg zur eigenen Selbstverteidigung zu führen

oder in Verkennung der Lage selber einen Krieg vom Zaune bricht.

Er kommt zum Schluss, dass ein solches Land zwei grundsätzliche Fehler begeht:

1. Es verrät die Interessen seiner eigenen Arbeiterklasse.

2. Es gefährdet die Existenz anderer Staaten, in denen sich Arbeiter und Kapitalisten dann leicht zur Verteidigung ihrer nationalen Selbständigkeit zusammenschliessen können, womit es die Interessen der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern verrät.

Ein Krieg kann vermieden werden, auch ohne dass der letzte Rest der Welt sozialistisch wird, sagt Kardelj. Die Aufgabe der sozialistischen Länder besteht nach ihm darin, die Interessen des Sozialismus in der ganzen Welt (also auch die Interessen der Arbeiter in den noch nicht sozialistischen Staaten) zu wahren und den Einfluss der sozialistischen Kräfte für den Frieden überall zu stärken, und nicht dar-

in, mit Gewalt von aussen her Systeme in andern Staaten zu ändern.

So verwechseln, sagt er, die Chinesen Weltkrieg mit Weltrevolution; jeder Krieg eines sozialistischen Landes gegen ein nicht-sozialistisches wird dabei gerechtfertigt. «Robespierre hat gesagt, dass kein Volk, die bewaffneten Missionare liebt», zitiert Kardelj.

Als «gerechten Krieg» zitiert Kardelj Nassers Kampf im Suezkonflikt und den Kampf der Algerier gegen Frankreich, doch die chinesische Theorie über den gerechten und den ungerechten Krieg, sagt er, «führt zur absurden Schlussfolgerung, dass jeder Krieg gerecht ist, den ich führe...»

Wenn jemand die Rechtfertigung des unvermeidlichen Weltkriegs zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern anzweifelt, wird er für Peking zum Verräter am Kommunismus. Somit würde jeder, der nach Pekings Auffassung ein guter Kommunist ist, Befürworter und damit auch aktiver Vorbereiter eines kommenden Weltkrieges werden, folgert Kardelj.

«Das Problem des Aufzwingens des Sozialismus von aussen her, ist gleichzeitig das Problem der Beziehungen unter sozialistischen Ländern», warnt Kardelj; denn leicht wird daraus ein Aufzwingen «seiner» Form des Sozialismus gegen den Willen schwächerer Staaten, die den Sozialismus auf ihre Art verwirklichen. Das führt ihn zu einer Beurteilung des Kommunismus (besonders der Kommunen), den Peking bei sich eingeführt hat, und den es bekanntlich als dem Moskauer System überlegen betrachtet.

«In Wirklichkeit», sagt er, «sind die ‚Volkskommunen‘ in China politischer Ausdruck geschichtlich bedingter, vorübergehender Anstrengungen eines ungenügend entwickelten, revolutionären Landes, das sich bemüht, eine materielle Grundlage für die Entwicklung zum Sozialismus zu schaffen.»

Dabei kommt er zum einfachen Schlussargument: «Eines ist sicher: Die heutigen chinesischen Volkskommunen sind keinesfalls eine so anziehende Form des sozialistischen Aufbaus, dass sie die Arbeitermassen anderer Länder für den Sozialismus begeistern könnten.»

Er zitiert Mao Tse-tung aus seiner Pionierzeit: «Jene, die uns empfehlen, die Erfahrungen der UdSSR unverändert zu übernehmen ... schlagen uns vor, unsere Füsse zu verstümmeln, um sie den kleinen Schuhen sowjetischer Theorie und Praxis anzupassen...»

«Heute scheint es», sagt Kardelj, «dass die chinesischen Führer uns und anderen ihre Konzeptionen aufzwingen möchten... Eines dürfen sie nicht vergessen, wenn sie weiterhin Marxisten und Revolutionäre bleiben möchten. Erstens müssen sie in Rechnung stellen, dass Jugoslawien trotz Meinungsverschiedenheiten ein sozialistisches Land ist, und zweitens sind sie verpflichtet, sich mit der Analyse der Gründe dieser Meinungsverschiedenheiten ernstlich zu befassen...»

Womit eine offizielle jugoslawische Stimme es wieder fertigbringt, Ideen auf eine dem Westen gefällige Art vorzubringen und zugleich deutlich zu betonen, dass Jugoslawien kommunistisch ist — ja sogar den Anspruch der besseren Interpretation der Lehre erheben kann.